

EINspruch AKTUELL zu den entLAUFENdEN Nachrichten

●●● HIER soll in Ergänzung der BLogbücher zu herausragenden oder nebensächlich erscheinenden im Informationschaos untergegangenen oder unterdrückten Ereignissen, Aktionen, AUSsprüchen, die eigentlich für sich selbst sprechen, EINspruch angemeldet werden. Erneuter EINspruch ist und wird angebracht sein, sollten sich Meldungen nachträglich als Enten oder Propagandablasen erweisen, die den ursprünglichen EINspruch wiederum in ein neues Licht rücken werden. ●●●

★★

14.09.2022

I

Am 24. Februar 2022 hat die russische Armee („die“) Ukraine überfallen in der eindeutigen Absicht, gegen die Hauptstadt Kyjiv einen Enthauptungsschlag und dort einen regime change durchzuführen. Dieser Plan schlug fehl, weil nach der russischen Annexion der Krim (2014) die ukrainische Regierung ihre Armee mit „westlicher“ Unterstützung reorganisiert und neu aufgestellt hatte, während es Deutschland zur selben Zeit vorzog, durch die Verlegung zweier deutsch-russischer Erdgasröhren in der Ostsee „die“ Ukraine politisch und ökonomisch auszumanövrieren. Nachdem noch wenige Jahre zuvor die Krim durch das „bereitswillige Entgegenkommen“ ukrainischer Oligarchen den russischen Invasoren ohne den geringsten Widerstand in den Schoß gefallen war, mußte das Putin-Regime erstaunt feststellen, daß es sich mit seiner „Spezialoperation“ in einen Abnutzungskrieg verwickelt hatte, bei dem sich schon recht früh der Mangel an zusätzlichen russischen Einsatzkräften bemerkbar machte, der nur durch die Generalmobilmachung beseitigt werden kann. Auf der vorherigen Stufe der Mobilisierung war die russische Armee aber immer weniger in der Lage, größere Bodenoperationen durchzuführen, um ihre Eroberungen im Osten und Süden „der“ Ukraine dauerhaft zu sichern. Daher verbleibt ihr traditionell nur noch die „Artillerie“, mit der sie die städtische Bevölkerung in ihren Wohnvierteln zusammenbombt, während Putin in den besetzten Gebieten damit begonnen hat, diese nach dem Muster der „Verwaltung“ der beiden „befreiten“ Oblaste im Donbas durch Verteilung russischer Pässe zu „russifizieren“ und eine unter vorgehaltener Waffe stattfindende „Volksabstimmung“ vorzubereiten. – Damit ist nach dem in der Umgebung von Kharkiv erfolgreich durchgeführten Gegenangriff der Ukrainer erst einmal Schluß! Um aber ein zweites Syrien zu verhindern, müßte sich der Abnutzungskrieg in einen Befreiungskrieg verwandeln, dessen Erfolg von der finanziellen und militärischen Hilfe „des Westens“ für („die“) Ukraine abhängt, der in Europa nicht von der großrussischen Weltmacht geschluckt werden will. Hier kommt nun die bis zum 24. Februar Putin treu ergebene Bundesregierung ins Spiel, die sich trotz ihres abrupten Schwenks von Putin zu Selenskyj als das entscheidende Hindernis bei der Unterstützung der Ukrainer durch ihre Belieferung mit schweren Panzern erweist, die den Russen ernsthaft Paroli bieten würden. Eine „bessere“ Wahl als für diese neue Bundesregierung hätten

die deutschen Wähler im letzten Herbst, als sich die ersten Vorboten des ‚Ukraine-Krieges‘ abzeichneten, also gar nicht treffen können! Die ‚Ampel‘ – ein echter Volltreffer! Denn politisch macht die gegenwärtige Regierung keinen wesentlichen Unterschied zu der von Putin zutiefst enttäuschten westdeutschen Linken à la Emma, Habermas und dem eurokommunistischen Flügel der SED-Nachfolgerin, die alle mehr oder weniger – moralisch! – den Überfall Rußlands auf sein Nachbarland verurteilen, aber aus ihrer ‚pazifistischen Grundhaltung heraus‘ den Ukrainern die militärischen Mittel verweigern, um ihr Land gegen den faschistischen Überfall zu verteidigen. Aus ihren Verlautbarungen läßt sich vor allem eines herauslesen: Ach, wenn das doch alles schon vorbei wäre...!

Diesen Gefallen werden ihnen die Herren Putin und Lukaschenka aber nicht tun. Fazit: Von der Lieferung der erbetenen, aber bisher nicht zugesagten modernen deutschen Panzern hängt die Verteidigung Europas unterhalb der ‚Schwelle‘ eines Atomkriegs gegen den groß-russischen Aggressor entscheidend ab. Noch ziert sich der Kanzler und schickt über seine pazifistische Verteidigungsministerin, um das Gesicht zu wahren, allerlei ‚Gedöns‘ nach Kyiv. Nur werden die westlichen Verbündeten, allen voran die USA, ohne die praktisch gewordene Zustimmung Deutschlands auch ihrerseits keine schweren Panzer liefern. Aber nur so wird es der ukrainischen Armee gelingen, ihren in der Umgebung von Kharkiv gelandeten von aller Welt gelobten genialen militärischen Coup in einen Befreiungskrieg umzuwandeln; nur so wird auch die politische Entschlossenheit der Europäer wachsen, die Unabhängigkeit ihrer eigenen Nationen unterhalb der Atomkriegs-Schwelle gegen die russisch-chinesische Achse zu verteidigen. Zwar hat Putin gegen die Europäer, gerade weil die USA wegen Europa keinen globalen Atomkrieg führen werden, weiterhin alle atomaren Trümpfe in der Hand und diese am Drücker; aber dieses Dilemma werden die Deutschen auch nach einem noch so tiefen Kotau vor dem autokratischen Herrscher im Kreml (der vom mafiosen KGB-Mann zum Zaren aufsteigen will), nicht aus der Welt schaffen. Dagegen hilft nur: RÉSISTANCE!

In ihrem Aufstand auf dem Maidan (2014) gegen das Janukowitsch-Regime hatten die Ukrainer ihre Entschlossenheit demonstriert, sich gegen die orientalistisch-despotische Willkürherrschaft des Kreml und einen im Mafia-Stil modifizierten sowjetischen Staatskapitalismus – der ganz wenige reich und viele arm macht – und sich für den ‚westlichen‘ Typus der Herrschaft des Kapitals unter der rule of law, entschieden. Ihre Entschlossenheit, das groß-russische Joch mit Unterstützung der ‚Waffen aus Amerika‘, abzuwerfen und ihr Land in einem Befreiungskrieg zurückzuerobern, hat (,die‘) Ukraine (offizielle Landesbezeichnung: Ukraina!), ohne bereits Mitglied von EU und NATO zu sein, unversehens zu den ‚europäischsten‘ Europäern gemacht und sie an die Spitze der zum Widerstand entschlossenen europäischen Nationen versetzt, was inzwischen manch einem Europäer zu der schockierenden Einsicht verholpen haben mag, daß nach einer immer noch möglichen Einnahme Kyjivs

dann auch sein Land als nächster Dominostein an der Reihe sein könnte. Vor Putins Wahl zum Präsidenten der Russischen Föderation (2000) – als der Hindenburg der wieder an die Macht drängenden ehemaligen Nomenklatura – hatte es so ausgesehen als wäre die Selbstaflösung der UdSSR (1989) mit der Freisetzung ihrer Anfang der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts zwangsvereinigten sozialistischen Sowjetrepubliken eigentlich zum Abschluß gelangt. Inzwischen ist Rußland step by step längst wieder zu seiner früheren Gestalt als großrussisches Imperium – zwar ohne Sozialismus, aber mit Stalins GPU! – zurückgekehrt.

Ohne den zu allem entschlossenen Widerstand der Ukrainer hätten vielleicht eines Tages nur noch einige der Wissenschaft treu gebliebene Historiker enthüllt, daß dieser Krieg *von Anfang an* als ein unmittelbar gegen die Zivilbevölkerung gerichteter terroristischer Vernichtungskrieg geplant war, nach dem gleichen Muster wie die Niederschlagung des ‚Arabischen Frühlings‘ in Syrien unter der Parole: ‚wer nicht auf uns‘ (= Assad + Putin) ‚hören will, der muß fühlen!‘. Die europäischen Politiker hätten also 10 Jahre Zeit gehabt, sich über Putins Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Vordringen des großrussischen Expansionismus nach Middle East Gedanken zu machen, wenn sie die an der syrischen Bevölkerung durch das Assad-Regime unter der Beihilfe Rußlands verübten Verbrechen mit ihren ca. dreihunderttausend staatlichen Terroropfern nicht wegen ihrer politisch bornierten Wahrnehmung (und Putin-Hörigkeit) so verdammt niedrig gehängt und sich nicht gewei-gert hätten, die Verbrechen an der syrischen Zivilbevölkerung als den entscheidenden Beitrag zum großrussisch-iranischen Terrorismus im Nahen Osten zu interpretieren, von dem, wie sich schon bald zeigen sollte, ganz Europa bedroht sein sollte. Taten sie aber nicht!

Oder erst, nachdem das von Assad aus seinen Knästen befreite Lumpenproletariat – die plebejische Nachgeburt der blutigen Niederschlagung des ‚Arabischen Frühlings‘ in den arabischen Ländern – dessen politischem Wirken ‚der Westen‘, (der bis dahin nur interessiert gelauscht hatte, wie **„hinten, weit, in der Türkei die Völker aufeinander schlagen“**) (Goethe, *Faust*), – durch seine terroristischen Angriffe auf Charly Hebdomadaire und das Bataclan in Paris (2015) den Europäern in den westlichen Hauptstädten die unvermeidliche Unterwerfung (*soumission*) unter die ‚menschheitsbefreienden Errungenschaften‘ des Salafismus auf beeindruckende Weise nahegebracht hatte – was heute, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist (!), durch parteiübergreifende Kranzabwürfe in Bucha nicht mehr rückgängig zu machen ist! Ausgangspunkt dieser Schlächtereien war eine ganz neue Form des Faschismus, die gegen den ‚Arabische Frühling‘ praktiziert wurde, der heute bei einem Vergleich des syrischen Aufstands mit dem Befreiungskrieg der Ukrainer auf den systematischen Charakter der Verbrechen des Putinismus verweist und darüber hinaus gewisse Gemeinsamkeiten mit den in den 60er Jahren von den USA in Südostasien verübten Kriegsverbrechen nahelegt; ein Vergleich, den aber niemand für angebracht hält und zu ziehen be-

reit wäre.

Schon gar nicht die politischen Enkel der ‚gegen den Völkermord der USA in Vietnam‘ auf die Straße gegangenen Antiimperialisten, die derartige Vergleiche zu ziehen tunlichst vermeiden, obwohl ihnen als Klimawandler schon aus rein geographischen Gründen das Schicksal der durch russische MiGs und syrische Faßbomben aus ihren Städten und Dörfern ausgebombten Syrer näherbringen müßte, wenn sie sich vor Augen führten, daß sie sich in naher Zukunft (...wir sind jung, wir sind laut...) höchstwahrscheinlich zwischen der Existenz des Lagerinsassen in den Lagern Putins oder des ‚klimafreundlichen‘ Lageraufsehers mental zu entscheiden haben werden. Wobei noch hinzukommt – noch so eine Parallele! –, daß Bucha auch auf das Konto des ‚strenggläubigen‘ tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow geht, der bereits in früheren Jahren Putin dabei zur Hand ging, den revolutionären Widerstand gegen das Assad-Regime durch den Export tschetschenischer Islamisten, die dort als dem Kampf gegen den ‚ketzerischen‘, weil zu weltlichen, Assad aufgeschlossene Gotteskrieger im Namen des Propheten hintertreiben sollten.

Etwa auch in diesem Sinne ist der unter den Fittichen von RRG-lastigen Kultur-Behörden stattfindende deutsche Kulturbetrieb darum bemüht, dem seit den antiimperialistischen Vietnam-Demonstrationen historisch schon etwas abgehangenen ‚weißen‘ Kolonialismus von anno Knopf nun endlich bis in seine letzten Verästelungen nachzuspüren und nach dem kolonialen ‚Auschwitz‘ der Europäer zu fahnden. (Was uns Deutsche kaum anficht, weil die Preußen ihre Kolonien, wie der Zweite Weltkrieg zeigt, in erster Linie im Osten Europas gesucht haben.) Um aber den Zug nach Süden nicht zu verpassen, haben die Aussteller auf islamistisch vorgeprägte Street-Art-Künstler – eigentlich ein Sakrileg gegen das islamische Bilderverbot, das sich aber fern im Westen als vom Quran erlaubte Finte ‚gegen die Ungläubigen‘ punktuell übertreten läßt – aus der ‚Dritten Welt‘ (Indonesien) zurückgegriffen, die als besonderen Hype ‚anti-kolonialistischer‘ Übersteigerung, in ihren Ausstellungsstücken den Staat Israel mit Nazi-Deutschland gleichsetzten – bevor die Bildwände pflichtschuldigst wieder abgehängt wurden. Außerdem Pech für die Künstler, daß ihr islamischer Anti-Kolonialismus mit Nazi-Deutschland traditionell sehr eng verbandelt gewesen war, ein Verhältnis – noch eine Parallele – die sich problemlos auf den islamisch inspirierten ‚Anti-Kolonialismus‘ auf sein unklares Verhältnis zu Rußland und China und deren imperialistische Beziehungen zur heutigen ‚Dritten Welt‘, übertragen läßt, – was islamische Künstler, wie nicht anders zu erwarten, keines Blickes würdigen.

Zu dem oben vorgeschlagenen Vergleich zwischen dem ‚Ukraine-Krieg‘ und dem Vietnam-Krieg wäre noch hinzuzufügen, daß in den Jahren nach ‚1968‘ – im Unterschied zu anti-‚westlichen‘ Staaten wies das Rußland Putins (unter dem der Krieg gegen ‚die‘ Ukraine nicht als Krieg bezeichnet werden darf, wollen die Delinquenten solcher Gedankenverbre-

chen nicht mehrere Jahre in sibirischen Straflagern verbringen) – die ‚westliche‘ Bourgeoisie nicht umhin kam, sich die Kritik der antimperialistischen ‚Straße‘, – wenn auch nur in homöopathischen Dosen, dafür aber durchaus geschäftsfördernd – zu eigen zu machen. Diesen ‚systemischen‘ Unterschied zwischen dem kapitalistischen *plus* liberalen ‚Westen‘ und dem orientalisches-despotischen staatskapitalistischen ‚Osten‘ gilt es heute zu verteidigen, wozu die Verteidigung der anti-totalitären Opposition gegen die orientalische Despotie eines Putin und die seines engsten Freundes Lukaschenka in Belorußland ebenso dazu gehört wie gegen das Wirken der neuen Achsenmächte in Syrien oder Hongkong. Der westliche Liberalismus wird solange seine in der ‚westlichen‘ Gesellschaft möglichen profitablen Geschäfte seiner Bourgeoisie ihre ‚wohltuende‘ Wirkung entfalten lassen, solange das Proletariat die gesetzlich geregelte Lohnsklaverei der unmittelbaren Versklavung durch den Staatskapitalismus vorzieht. Solange wird auch der ‚westliche‘ Liberalismus seine Krallen eingezogen lassen und das Kriegsbeil (den Widerspruch) zwischen Proletariat und Bourgeoisie in die Watte der Konsumgesellschaft eingepackt lassen und sich auf die Verteidigung Europas konzentrieren. Aber früher oder später werden die linken Putinisten und die putinistische Linke, wenn sich der Sozialstaat immer weniger solide finanzieren läßt, nach der Parole: ‚lieber rot als tot‘ den ‚Aufstand der Plebejer‘ proben wollen.

Seinen nach dem Scheitern der Eroberung der Hauptstadt Kyiv mißlungenen regime change hatte das Putin-Regime durch die Eroberung der strategisch wichtigen ukrainischen Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer und ihren Ausbau durch (auf den Gehaltslisten des FSB stehende Separatisten) die 2014 ausgerufenen ‚Volksrepubliken‘ Donezk und Luhansk territorial konsolidieren und diese Annexionen durch Gründung weiterer ‚Volksrepubliken‘ an der Südküste ‚der‘ Ukraine mit dem Ziel der Schaffung von Novo Rossija (Neu-Rußland) vervollständigen wollen. Dies sollte der Ausgangspunkt des step by step zu erfolgendem Neuaufbaus des untergegangenen Zarenreichs sein (dessen Wendung nach ‚Westen‘ Ende des 17. Jahrhunderts nicht zufällig mit der Eroberung der Stadt Asow an der Mündung des Don in das Asowsche Meer durch Peter I. begann und mit der Eroberung der Krim durch Katharina II. und der Verdrängung der Osmanen aus dem Schwarzen Meer Ende des 18. Jahrhunderts seinen vorläufigen Abschluß fand). Mariupol war bis zum 24. Februar 2022 eine 80 km von der ukrainischen Grenze entfernt liegende ukrainische Frontstadt gewesen, an der die russische Expansion durch die auf dem Maidan entstandene Freiwilligen-Armee bestehend aus angeblichen ‚Banderisten‘ zum Stehen gebracht worden war. Von daher stand die Eroberung von Mariupol für den großrussischen Aggressor an vorderster Stelle bei der Ausweitung der Annexion der Krim Richtung Westen und der territorialen Komplettierung der beiden ‚Volksrepubliken‘ im Donbas mit dem Ziel der vollständigen Beherrschung der ukrainischen Südküste.

Grundsätzlich erkennt Putin, auch das gehört hierher: außer der eigenen keine andere

Nation neben sich an. Dieses großrussische Erbe teilt er mit den Nationalisten aller Großreiche (einschließlich Hitlers). In diesem Sinn hat Putin – in Anlehnung an Hitler (und dessen gewaltsame Revision des Versailler Vertrags) es mit der Eroberung ‚der‘ Ukraine zu seinem Hauptanliegen gemacht, die ihm nach gewaltsamer Erpressung bereits zugestandenen Gebietsabtretungen in Georgien, Moldawien und Teilen von Ukraina (Krim, Donbas) in das Gesamtprojekt des ‚Einsammelns der russischen Erde‘ einzugliedern und den Untergang der Sowjetunion als großrussisches Imperium, dessen Lasten ihre Völker und Nationen nicht mehr auf ihren Schultern tragen wollten – im gewaltsam zu revidieren. Ob Hitler oder Putin – Hauptsache, die Katze fängt Mäuse!

Für die großrussische Regierung gelten alle Staaten mit einer anti-‚westlichen‘ Orientierung (ob Belarus, Nord-Korea oder Venezuela) als ihre ‚Freunde‘ und alle anderen, die nicht dem anti-‚westlichen‘ ‚Lager‘ angehören (wollen), als ihre ‚Feinde‘ (oder im Sowjetjargon: als ‚feindliches Ausland‘). Zwar erkennt das Putin-Regime das internationale Recht als technisches Vehikel an (ohne dessen allgemeine Geltung sich der Weltmarkt auch nur noch wenige Tage aufrechterhalten ließe); Rußland stellt aber wie alle Welthegeemonialmächte die Geltung dieses Rechts grundsätzlich in Frage, während ‚der Westen‘ meistens so tut als hätte es, wie das häufig der Fall ist, überhaupt keine Verletzung bestimmter Bestimmungen des Internationalen Rechts stattgefunden. Sein rein technisches ‚Rechtsverständnis‘ teilt Rußland mit den Nationalisten aller Couleur, ob Sozialisten oder Nationalsozialisten oder mit beiden zugleich. Wer im Gegensatz dazu offen erklärt, daß er auf Grund der orientalistisch-despotischen Mafia-Allüren des Putin-Regimes nicht bereit sei, sich dem großrussischen Weltmachtanspruch zu unterwerfen und wer die Anwendung des internationalen Strafrechts auch auf die von Rußland verübten internationalen Verbrechen einfordert, wird von Putin und seinen Domestiken automatisch zum ‚Nazi‘ gestempelt, der das russische Volk ‚seiner‘ ‚russischen Erde‘ berauben wolle. Vielleicht besteht gerade in dieser Denkungsart das besonders Penetrante am heutigen post-sowjetischen ‚Antifaschismus‘.

2

Damit die Erdgasmonopolisten die deutschen Privathaushalte vor Putins Erpressungsversuchen mit überlebenswichtigen Energieträgern schützen können, werden diese verpflichtet, auch deren Aktionäre gegen die Verluste des Erdgasgeschäfts abzusichern! So geht der kapitalistisch geölte deutsche Stamokap! Außerdem müssen die industriellen Erdgas-Verbraucher vor Erdgaspreisen geschützt werden, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt negativ beeinträchtigen. Auch das ist – privatwirtschaftlicher – Stamokap. Wem so viel in geballter Form praktizierter Stamokap einfach zu viel wird, und wem nur noch die Wahl zwischen der von Putin und der von den Erdgasmonopolisten aufgemachten Zwick-

mühlen bleibt, der müßte, um diesem Dilemma zu entgehen, eine eigene Zwickmühle aufmachen, auch wenn er eigentlich gar nicht vorhatte, sich an diesem Spiel zu beteiligen. Aber wer kann das schon?

Um diese ‚hervorragenden‘ Alternativen zwischen Pest und Cholera zu vermeiden, hätten die deutschen Gasversorger und deren Regierungen eigentlich nur früher aufstehen und bei der Versorgung Deutschlands die Ost-West- durch eine Nord-Süd-Schiene, die bereits geplant war, ergänzen müssen. So was nennt sich unter bürgerlichen Ökonomen Diversifizierung – die in diesem Fall von der Bundesregierung hätte durchgesetzt müssen. Nur, daß es für die deutschen Energieimporteure und ihre Regierung offenbar ‚nachhaltiger‘ gewesen war, sich ausschließlich auf die pipe line von Viborg am Finnischen Meerbusen nach Greifswald/Lubmin zu konzentrieren und den endlosen Querelen zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn aus dem Wege zu gehen oder gar, was noch nerviger gewesen wäre, in den von Putin und Assad in Gang gesetzten Völkermord in Syrien verwickelt zu werden. Die deutsche Energiepolitik wollte gestützt auf russische Liefergarantien und die engen Beziehungen deutscher Bundeskanzler zu dem ‚lupenreinen Demokraten‘ im Kreml unbedingt autark sein. Statt Nabucco Zar und Zimmermann ...!

Und mit einem Mal sollte es mit dem deutsch-russischen, und wie von allen Seiten versichert wurde, völlig ‚privatwirtschaftlichen‘, ‚Friedensprojekt‘ in der Ostsee, aus und vorbei gewesen sein!? Und das, wo doch die aus Sibirien in den ‚Westen‘ gepumpte fossile Energie gerade dabei war, ihr notorisches Negativ-Image als ‚Klimakiller‘ vergessen zu machen, weil sie umweltpolitisch dabei half, als leicht zugänglicher, umwelttechnisch relativ einfach kontrollierbarer und überaus preiswerter fossiler Energieträger die nach Beendigung der Laufzeit der deutschen Kernreaktoren entstehende Energielücke bis zur endgültigen Vollaussattung Deutschlands mit erneuerbaren Energieträgern zu überbrücken?! Und gerade als Putins Erdgas zum entscheidenden Beitrag im schwarz-(rot)-rot-grünen (Wahl-)Kampf gegen den drohenden Klimawandel geworden war..., stand wie aus dem Boden gewachsen der Peterburger Rocker mit seinen ‚Nachtwölfen‘ vor der Tür, um unserem deutschen Rotkäppchen die Zähne zu zeigen, die deutsch-(post-)sowjetische Erdgas-Freundschaft wie ein Kartenhaus zusammenbrechen zu lassen und alles Gewesene vom Tisch zu wischen!??? Wie konnte das geschehen?

Wie eng die schwarz-rot-grüne Energiepolitik mit der Eingemeindung des SED-Staats in die wiedervereinigte BRD nach wie vor verknüpft war, wurde an dem Besuch des Bundeskanzlers mit seinem grünen Wirtschafts- und Energieministers in Kanada deutlich, wo plötzlich erklärt wurde, daß das noch vor wenigen Jahren von SPD und SED-Nachfolgerin mit formaljuristischen Scheinargumenten verteufelte und zu Grabe getragene CETA-Abkommen zwischen Deutschland und Kanada mit einem Mal entfrosten werden sollte. Obwohl es auch

vor dem 24. Februar von deutscher Seite eigentlich nichts gegeben hatte, was einem schlichten Freihandelsabkommen mit einem durch und durch europäische Politik betreibenden NATO-Partner wie Kanada im Wege gestanden hätte – es sei denn, die straight in Richtung Moskau weisende Energiepolitik der moskowitzischen Linken und Putins engen Freunden von der SPD bis zur CDU und die mit sklavischer Bereitwilligkeit von deutscher Seite aus erfüllten Wünsche Moskaus, das man mit so viel ‚pro-westlicher‘ Energiepolitik nicht hatte vor den Kopf stoßen wollen! Welch ein Sakrileg! Und schon ziemlich unfaßbar diese moskowitzischen deutschen Sklavenseelen!

Damit soll nun Schluß sein! Und das alles, weil Putin, als befänden wir uns im Wilden Westen, den Spieltisch einfach umgeworfen und den ‚westlichen‘ Global Players kundgetan hat, daß er gemeinsam mit Genosse Xi und den über die ‚Neue-Seidenstraße‘ gefügig gemachten Staaten Mittelasiens und der ‚Dritten Welt‘ das ‚westliche‘ Weltmarktmonopol zerschlagen werde und dort für ‚nachhaltige‘ Beziehungen sorgen werde! Angesichts derart ‚verlockender‘ Aussichten läßt sich erahnen, warum unsere momentane Regierung nicht allzuviel dagegen hätte, wenn die Ferienaufenthalte des deutschen Putin-Kumpels in Moskau vielleicht doch noch von Nutzen wären, um die die von Putin wegen ‚des Ukraine-kriegs‘ zugeschlagene Tür einen winzigen Spalt breit zu öffnen und ihm die Bitte ins Ohr zu flüstern, er möge doch allernädigst an den deutsch-russischen Spieltisch zurückkehren! Eine gute Idee! Nur daß er bis jetzt noch nicht den Preis genannt hat...! Oder haben wir da was verpaßt?

Einigen ausgesuchten Schergen des Hitler-Reiches wurde in Nürnberg auch gerade deshalb der Prozeß gemacht, damit die mit ihnen eng verbandelte deutsche Industrie ohne große Umstände an die Spieltische des Weltmarkts zurückkehren durfte. Denn wenn es um’s Geschäft geht, ist die westliche Bourgeoisie nicht besonders nachtragend! Und in diesem Fall wog das Urteil der Börse schwerer als das in den United Nations konzentrierte Weltgewissen! Auf diese Weise durfte das aus dem Deal zwischen Kapitalismus und ‚Kommunismus‘ 1949 hervorgegangene ‚westliche‘ Restdeutschland auch wieder zum Zuge kommen, um den vorhersehbaren Bankrott des deutschen ‚Kommunismus‘ durch den (von westdeutscher Seite aus möglichst nie enden sollenden) ‚Wandel durch Annäherung‘ ostpolitisch zu beschleunigen; außerdem sollte dadurch verhindert werden, daß die ‚kommunistische‘ Nomenklatura nicht auch noch einen Atomkrieg vom Zaun brach!

In den 90er Jahren wollte ‚der Westen‘, der auf die Moskauer und Peterburger biznesmeni und auf die Jelzin-Regierung gesetzt hatte, das Kunststück einer ‚ursprünglichen Akkumulation‘ zustande bringen: dazu hatte die neue Geschäftswelt den Aufsichtsjob über die Spieltische dummerweise ehemaligen KGB-Angehörigen anvertraut, die (in trauter Eintracht mit Schiebern, Gaunern und Kriminellen, deren Bodensatz bereits vor ‚91‘ im Untergrund hat-

te aktiv sein dürfen), selbst in das Mafia-Geschäft mit Filetstücken aus den Reprivatisierungen ehemaligen Staatseigentums, (das einfach ‚herrenlos‘ so herumlag), einsteigen wollten und die die ‚Börsenaufsicht‘ nur übernommen hatten, um das real-sozialistische ‚Volksvermögen‘ ähnlich wie es bei der ‚Entnazifizierung‘ des deutschen Kapitals, aber nicht durch Gratisverteilung neuer Geldscheine (was dem Kapitalismus-Verständnis der Deutschen seit der großen Inflation in Fleisch und Blut übergegangen war), sondern durch die Verteilung von Anteilen am Volksvermögen (Vouchers) breit zu streuen, damit es nicht durch seine Verwandlung in private Realien wie Villen, Jachten, Fußballmannschaften etc. ganz einfach verfrühstückt wurde. Eben das trat aber bekanntlich ein, nur daß es nicht die biznesmeni, sondern die von jenen beschäftigten ehemaligen KGB-Leute waren, die ihre Übernahmen aus dem Volksvermögen zusehends mit den Interessen des Staats verschmolzen. Der ‚Westen‘ hatte, als er die biznesmeni an sein großes kapitalistisches Herz gedrückt hatte, die Rechnung ohne den Wirt gemacht, auch ohne die Berücksichtigung des Militärs, mit dem Putin, nachdem er die Jelzin-Regierung abserviert hatte, einen Bund fürs Leben schloß.

Zwar haben Sowjetstaat wie Hitlerstaat jeder seinen Staatsbankrott durchgemacht und zeitweise ihre Staatlichkeit verloren – jedoch auf ganz unterschiedliche Weise. Rußland hatte die sowjetische Staatlichkeit einfach abgeworfen, die für alle Beteiligten untragbar (bzw. für die Mehrheit der Bevölkerung unerträglich) geworden war und durch etwas ‚Demokratischeres‘ ersetzt werden sollte, das dem von den biznesmeni bevorzugten ‚freien Spiel der Kräfte‘ entsprach. Für die deutsche Bourgeoisie, der von der Anti-Hitler-Koalition das Ende aller deutschen Weltmacht(t)räume verkündet wurde, war dagegen ihre (nationalsozialistische) Welt zusammengebrochen. Der Zusammenbruch des Sowjetstaats glich eher einer schlichten Staatspleite, bei der Staat und Wirtschaft einem Konkursverwalter anvertraut wurden, dessen Aufgabe ‚der Westen‘ als Aufseher über den Weltmarkt übernahm, der aber die Auflösung der Firma UdSSR & Co. KG. als ‚innere Angelegenheit‘ der Russen händelte. Hierzu gehörte auch die in diesem Zusammenhang erfolgte Weiterbeschäftigung der Putin-Clique, d.h. die Weiterbeschäftigung von arbeitslos gewordenen Angehörigen der sowjetischen Sicherheitsapparate, als Wachdienst für die ‚westlichen‘ biznesmeni – woraus sich das come back des KGB als FSB und, wie wir sahen, die Verschiebung der profitabelsten Filetstücke des sowjetischen Staatseigentums in das private Portefeuille der neu eingestellten ‚Wachmänner‘ ergab, oder anders ausgedrückt, die politische, ökonomische und, last but not least, militärische Grundlage für die Wiederherstellung des russischen Zarentums – als putinistische Gangsterrepublik!

In Abwandlung des von Stalin stammenden Ausspruchs vom 6. November 1942: **„die Hitler kommen, und die Hitler gehen, aber... der deutsche Staat bleibt“**, könnte dieser auch bezogen auf den post-stalinschen 91er russischen Staat leicht abgewandelt lauten: die Revo-

lutionen in Rußland kommen und gehen, aber das russische Zarentum bleibt! Dieses verändert im Wechselspiel der an die Macht im Kreml drängenden Eliten allerhöchstens seine unterschiedlichen Formen. Mit dem Einmarsch Rußlands in („die“) Ukraine haben die mafio-
sesten Elemente des sowjetischen Staatsapparates ihren Aufsichtsjob als Überwacher des Glücksspiels der post-sowjetischen biznesmeni längst an den Nagel gehängt, die Geldwechsler aus dem Glücksspieltempel verjagt und das Energiegeschäft zugunsten ihres Gangsterclans remonopolisiert, damit es allen Entflechtungsversuchen der post-sowjetischen (Staats)Monopole unter viele Kapitalisten, wie das bei der Auflösung gescheiterter Staatsmonopole üblich ist, entzogen bleibt und die Staatsgangster dabei unermeßlich reich werden.

Mit dem Projekt der vollständigen Wiedereingemeindung von Ukraina in das neue Zarenreich steht dem von Putin im Stil Hitlers praktizierten Revisionismus nun als Schlußakkord ‚das härteste Stück Arbeit‘ bevor: das der ‚Entstaatlichung‘ der im Verlauf der Oktoberrevolution erfolgten Gründung ‚der‘ Ukraine als souveränem Staat innerhalb der Union der Nationen der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die bis 1989 formell Bestand hatte und deren Existenz von Putin – unter haßerfüllter Verachtung für Lenin als dem Staatsgründer der UdSSR und das von ihm geschaffene, wenn auch nur rein formell gültige ‚Recht auf Losrennung‘ zugunsten der unterdrückten Nationen des Sowjetstaats – grundsätzlich bestritten wird. Mit Putins Verhältnis zu den ehemaligen Staaten der Sowjetunion scheint es sich ähnlich zu verhalten wie zu der von ihm praktizierten Beziehung zum ehemaligen sowjetischen Staatseigentum; beides scheint eng miteinander zusammen zu hängen. Da aber Staaten nicht wie Vouchers zuerst an die Staatsbürger verteilt, dann verkauft, wieder aufgekauft, kapitalisiert und zwangsweise monopolisiert werden, hilft dagegen nur der Revisionismus und die Wiederherstellung des Moskowitertums der russischen Zaren. Daß im speziellen Fall von Ukraina der 1918 im imperialistischen Bürgerkrieg gegen die Sowjetmacht entstandene Staat, der 1922 als Ukrainskaja Sovetskaja Sotsialisticheskaja Respublika zu einem Unionsstaat der UdSSR wurde und die von Lenin verliehene und von Stalin per Salamtaktik längst wieder eingeschränkte Eigenstaatlichkeit von Putin rückwirkend für nicht existent erklärt wird, weil ‚die‘ Ukraine seit altersher lediglich eine staatenlose Landschaft innerhalb Rußlands gewesen sei, wird das von ‚linksradikalen‘ Putinisten und ihren rechtsradikalen Glaubensbrüdern getreulich nachgebetet, was unter Einfügung des bestimmten Artikels (der nur in der Wortendung steckt), als ‚die‘ Ukraine in den deutschen Sprachgebrauch eingegangen ist; was im übrigen auch der Auffassung des Nationalsozialismus entspach, für den jenseits der deutschen – besonders seinen östlichen – Staatsgrenzen ohnehin keine nicht-deutsche Staatlichkeit zu existieren hat; damit wird auf Grund der Behauptung, Ukraina habe nie eine eigene Staatlichkeit besessen und sie sei immer schon eine Provinz Rußlands gewesen, eine ganze Nation, weil sie das Gegenteil behauptet, zu ‚Terroristen‘, ‚Nazis‘, o.ä. erklärt. Wenn Putin mithilfe dieser Logik seinen Einmarsch in

Ukraina mit der Notwendigkeit der Verfolgung und Vernichtung angeblicher ‚ukrainischer Nazis‘ begründen möchte, sollte er das im gegebenen Fall den Ukrainern doch bitte selbst überlassen... Aber genau so geht er, dieser anderen Nationen oder einer ganzen Gesellschaft beliebig nachgesagte Faschismus und der ihnen daraufhin aufoktroyierte ‚Antifaschismus‘!

Die Ukrainer (womit nicht nur, wie im deutschen Sprachgebrauch üblich und im Unterschied zu der von der rot-rot-grünen Linken gepflegten und zunehmend verstaatlichten genderistischen Kleinkindersprache, die ausschließlich männlichen Staatsangehörigen gemeint sein sollen!), die Ukrainer verteidigen nicht nur, wie das heute auch für jeden anderen ‚westlichen‘ Staat der Fall wäre, (militärisch) die staatliche Souveränität von Ukraina gegen die feindlichen Übergriffe eines Nachbarn, sondern hier soll (wie 1938 bei Hitlers ‚Eingemeindung‘ Österreichs in das Deutsche Reich), die *Existenz* des ukrainischen Staates *selbst* vernichtet werden, die diesem Staat von Nationalnihilisten von Rechts und Links prinzipiell – offen oder verdeckt – abgesprochen wird. Deshalb beschränken sich heute viele ‚Freunde der Ukraine‘ als billige Ausflucht auf das rein formaljuristische Argument der Verletzung der staatlichen Souveränität ‚der‘ Ukraine und meinen mit der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Ukrainer der Verteidigung von Ukraina gegen seinen faschistischen Aggressor Genüge getan zu haben. Aber Ukraina ist in diesem Sinn nicht allein ein ‚westlicher‘ Staat, dessen Selbstbestimmungsrecht von einem anderen Staat bestritten wird, sondern sie soll als Staat vernichtet werden, weil dieser den Weltherrschaftsplänen Putins im Wege steht. Indem sie gerade diesen Gesichtspunkt unterschlagen, erhoffen sich diese Völkerrechtler von einer solchen Konzession an die Adresse Putins, ihn dazu animieren zu können, daß er an die Spieltische des kapitalistischen Weltmarktes zurückkehrt. Aber nach dem 24. Februar bleibt für Putin nur noch eine einzige ‚Rückkehr‘: übrig: die auf die Anklagebank des *International Criminal Court* in Den Haag.

Und was die deutsche Bourgeoisie betrifft, wird diese, wenn sie nicht das Schicksal der Moskauer und Peterburger biznesmeni teilen will, als erstes ihre Illusionen über die automatische Fortexistenz eines ungebrochen ‚westlich‘ globalisierten und dominierten Weltmarktes über Bord werfen und zu der Einsicht zurückkehren müssen, daß dieser gerade dabei ist, sich in einen ‚westlichen‘ und einen ‚östlichen‘ (‚Welt‘-)Markt aufzuspalten, was auch nicht ganz zufällig an die Zeiten des ‚Kalten Kriegs‘ erinnert, was aber diesmal auf das mögliche Ende der unbestritten ‚westlichen‘ Hegemonie über diesen und das ‚Zurück auf Los‘ in dem von Rußland und China ausgerufenen ‚Kalten Krieg‘ hindeutet.

Marx und Engels haben Zeit ihres Lebens die Europäer und das Weltproletariat vor den Weltherrschaftsplänen des moskowitzischen Zarentums gewarnt und neben Bourgeoisie und Feudalklasse in diesem seinen größten Feind gesehen, von dem nicht nur die proletarische Revolution in die Irre geführt, sondern auch die nationale Unabhängigkeit der Völker und Nationen Europas bedroht werde. Die besondere Ironie der Oktoberrevolution bestand darin, daß die proletarische Revolution ausgehend von der *Pariser Commune* (1871) ausgerechnet in Rußland bei einem Spätentwickler des Kapitalismus stattfand. Damit hätten Marx und Engels aber, anders als man gemeinhin annimmt, wie sie im Vorwort zur Neuübersetzung des Manifests der kommunistischen Partei ins Russische (1881) schreiben, aber die geringsten Probleme gehabt; denn die in der russischen Dorfgemeinde als große Ausnahme konservierten kommunistischen Produktionsformen (*commune rurale*) hätten in einer revolutionären Situation in Rußland problemlos reaktiviert und zum Vorbild, wenn nicht gar zum Fanal, für die proletarische Revolution in Europa werden können. Und dieser Fall trat dann auch ein. Warum aber die eine ganze Welt erschütternde Oktoberrevolution in relativ kurzer Zeit statt den Weg zum Kommunismus einzuschlagen, auf die ausgetretenen Pfade des ‚mit ein wenig Sowjetöl gesalbten‘ (Lenin) großrussischen Moskowitertums zurückkehrte, hätten die Parteigänger des Marxschen Kommunismus, soweit es sie noch gab, den russischen Marxisten (...-Leninisten) leicht erklären können: denn anstatt, wie in dem Vorwort zum Manifest vorgeschlagen, die kommunistischen Produktionsformen der russischen Dorfgemeinde zum Ausgangspunkt der proletarischen Revolution in Rußland und in Fortsetzung der Pariser Commune zugleich zum Musterbeispiel für den Kommunismus in Europa hätten werden können, geschah, was Kapitalismus und Zarentum mit der *commune rurale* nie vollständig geschafft hatten: ihre von den Bolschewiki durchgeführte vollständige Vernichtung. Denn anstatt die seit Beginn der Revolution im Frühjahr 1917 spontan wieder auftretenden kommunistischen Produktionsformen zu fördern und in der Stadt die von ihren westlichen oder zu den Weißen übergelaufenen Eigentümern aufgegebenen Betriebe den Rückkehrern von der Front, die dort gearbeitet hatten, (mit ihren meist noch vorhandenen Verbindungen zum Dorf) zwecks Gründung *kommunistischer* Genossenschaften unter der *Diktatur des Proletariats* kollektiv zu überschreiben, wurden diese Betriebe von der ‚Sowjetmacht‘ dem bürokratischen Staatskapitalismus überantwortet und auf dem Land die im I. Band des KAPITAL bezogen auf das mittelalterliche England ausführlich beschriebene ‚ursprüngliche Akkumulation‘ zwecks Vernichtung des bäuerlichen Eigentums durchgeführt – die nun, weil angeblich ‚kommunistisch‘, weitaus ‚radikaler‘ als unter dem Zarentum durchgezogen werden konnte, wovor die letzten russischen Zaren auf der Grundlage einer halbherzigen Bauernemanzipation zurückgeschreckt waren, weil sie vor allem das dörfliche Arbeitskräftepotential durch seine Fesselung an den Atavismus der Dorfgemeinde für die Gutsbesitzer konservieren und vor seinem völligen Ausbluten bewahren sollten. Mit der von den Bolschewiki durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft wurden, weil dort bereits etwas Vergleichbares existierte, Eulen nach Athen getragen, mit

den fatalen Folgen der vollständigen Zerstörung des bäuerlichen Kommunismus, anstatt diesem, wie Marx schreibt, eine reale Entwicklungschance zu geben und ihn entsprechend zu fördern, wozu die Zerschlagung des patriarchalen Charakters der Dorfversammlung durch die Frauen und die Aufhebung der tradierten Arbeitsteilung in der bäuerlichen Familie beigetragen hätten, nachdem die Frauen die letzten 4 Jahre praktisch gezeigt hatten, daß sie die Bauernfamilie durchaus auch ohne die Männer und das Prinzip von Befehl und Gehorsam aufrecht erhalten konnten. Eine seltsame Ironie liegt schließlich auch darin, daß sich der Begriff des Sowjet, der von der ‚Beratung‘ der Dorfversammlung abgeleitet ist und in der Revolution von 1905 auf die Streikräte der städtischen Arbeiter übertragen wurde, 1917 schließlich als Allgemeinbegriff auf so gut alle Organisationsformen des Proletariats übertragen wurde, wovon schließlich auch der Begriff der Sowjetmacht abgeleitet ist, der seiner Herkunft nach und in seiner ursprünglichen Bedeutung in der *Sowjetunion* wohl niemals seiner ursprünglichen Bedeutung entsprochen hat.

Die Revolution von 1905, die zunächst eine Revolution des Dorfes gegen die privaten und staatlichen Grundeigentümer gewesen war, hat weder die Umwandlung des Zarentums in eine konstitutionelle Monarchie noch einen russischen Bismarck hervorgebracht. Schon deshalb nicht – Stolypin, der ein russischer Bismarck werden wollen, wurde 1911 auf ‚höheren Befehl‘ von der Okhrana liquidiert – weil Rußland 1848 (wie übrigens auch das kapitalistisch am höchsten entwickelte England) nicht an der antifeudal-demokratischen Revolution in Europa teilgenommen hatten. Von daher erklärt sich vielleicht auch der besonders in Rußland anzutreffende anti-kapitalistische Furor und warum die von Marx und Engels für Rußland erwartete Fortsetzung (und Weiterentwicklung) der Pariser Commune durch die *commune rurale* vor den Erschießungskommandos der GPU endete und letztlich auch, warum die Leninistische Lösung der Nationalen Frage an dem mit Putin wieder aufgestellten (sozialistischen) Zarentum Stalins scheitern mußte – eine Entwicklung, deren Spätfolgen, als sie von ihm am allerwenigsten erwartet wurden, das staunende Europa heute ziemlich geschockt zur Kenntnis nehmen mußte...

Der Putinismus hat mit der jüngsten Geschichte Rußlands abgesehen von einigen wenigen heroischen Versatzstücken des Vaterländischen Krieges tabula rasa gemacht und dazu das Großrussentum der Alten Zaren wieder aus der Versenkung geholt, wodurch die theoretisch denkbare proletarische Revolution in Europa bis auf weiteres auf die Verteidigung der Staatlichkeit und der Souveränität seiner ‚westlichen‘ Nationen gegen das Putin-Regime zurückgeworfen worden ist. Über eine eigenständige und über den reinen Verteidigungskampf hinaus denkbare politische Perspektive jenseits derjenigen der Bourgeoisie, von der ausgehend dieser Verteidigungskampf verbunden mit einer revolutionären Strategie zu führen wäre, verfügt diese Strategie jedoch nicht. Wir wären hocherfreut, wenn uns je-

mand das Gegenteil bewiese, und wenn sich die Denkbarkeit des Marxschen Kommunismus und der Marxschen Partei nicht allein auf die Geschichte der revolutionären Konterrevolution des großrussischen Moskowitertums zu beschränken hätte. Ein immer noch gültiges Beispiel für die Denkbarkeit des Kommunismus liefert die weltweite auch in Deutschland zum Ausbruch gekommene Kulturrevolution der ‚Studentenbewegung‘. Zu den wenigen konkreten revolutionären Errungenschaften, die nicht von vornherein auf die moskowitzisch reduzierte Geschichtsauffassung reduziert ist, kann sich dieser denkbare Kommunismus an der Kulturrevolution der ‚Studentenbewegung‘ anknüpfen, die ausgehend von ‚1968‘ auf 1848 und zurück auf das Jahr 1917 verweist; während auffällt, daß in der Reihe dieser magischen Jahreszahlen das Jahr 1989 seltsamerweise keinen Platz hat...

Der sicherste Weg, um die revolutionäre Singularität der ‚Studentenbewegung‘ zu liquidieren, war immer auf das blauäugig erhobene Postulat hinausgelaufen, daß diese durch ‚den Marxismus‘ ‚proletarisiert werden‘ müsse – , ein Argument, das an vorderster Front dazu beigetragen hat, daß ihr spezifischer revolutionärer Charakter vollends zerstört wurde. Diese Liquidierungsversuche finden in der identitären Geschlechter-Debatte des Genderismus ihre Fortsetzung, in der eine Art soziologistischer Sozial-Darwinismus aufgewärmt wird, über den alles, was die Kulturrevolution der ‚Studentenbewegung‘ noch überlebt hat, als Wasser auf die Mühlen des moskowitzischen Marxismus geleitet wird. All die pseudorevolutionären ‚Debatten‘ über Genderismus, Anti-Kolonialismus, Identitätspolitik und wer weiß, was noch alles, lassen sich heute durch die simple Entscheidung: ‚Für oder gegen Putin!‘ abkürzen, woran sich die post-68er-Linke endgültig spalten wird.

Wir sollten von diesem Müllhaufen der Geschichte endgültig heruntersteigen und zur Politik von Marx und Engels, die in der IWA bis zu deren Auflösung von ihnen verteidigt wurde, zurückkehren, deren aufsteigend nummerierte Fortsetzungsversuche als Vierte, Dritte, Zweite Internationale allesamt im Ökonomismus, im Sozialimperialismus und einer Unzahl von Formen des Revisionismus versandet sind. Uns bleibt nur auf der Grundlage der bisher erarbeiteten theoretischen ‚Denkbarkeit‘ der proletarischen Revolution und der Politik der Partei Marx unseren Weg auf ihren Spuren fortzusetzen... Fehlt schließlich noch die leidige Ökonomie, die die Marxisten geschickt von der Politik zu trennen wußten.

Ich ahne schon das Geschrei in meinen Ohren: diese ‚Denkbarkeit der proletarischen Revolution‘ das sei der reine Idealismus! Prima! Ich werde aber erst wieder von diesen ‚Denkbarkeiten‘ ablassen, wenn mir jemand sagt, wo denn statt seiner ‚Denkbarkeit‘ das reale Proletariat zu finden sei! Vielleicht existiert auch gar nicht in Fleisch und Blut und ist noch nicht mal eine Denkbarkeit. Was dann?

euk

Gepostet 25.09.2022